

**Antrag 171/I/2023****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Folgen aus der Silvesternacht – soziale Lösungsansätze statt rechter Hetze!**

1 Zum Jahreswechsel 2023 kam es in Berlin zu großen Aus-  
 2 schreitungen. Silvesternächte sind in Berlin, besonders in  
 3 bestimmten Teilen, jedes Jahr geprägt von Gewalt und Es-  
 4 kalation. In den Jahren des Corona-Lockdowns waren die-  
 5 se Ausschreitungen durch Feuerwerksverkaufsverbot ger-  
 6 ring. Besonders im Kontrast dazu erfuhren die Ausschrei-  
 7 tungen über den Jahreswechsel 2022/2023 eine besonde-  
 8 re und von rechten Kräften genutzte mediale Aufmerk-  
 9 samkeit. Die Angriffe gegen Polizei- und Rettungskräf-  
 10 te müssen aufgearbeitet und Täter\*innen zur Verantwor-  
 11 tung gezogen werden. Für die Aufarbeitung wird sich die  
 12 Stadt mit den Ursachen und Folgen beschäftigen müssen.  
 13 Dafür braucht es eine klare Analyse und soziale Lösungen,  
 14 die am Kern des Problems ansetzen. Was es nicht braucht,  
 15 ist eine kopflose Debatte, unterlegt mit rassistischen Res-  
 16 sentiments.

**17 Silvesternacht**

18 In der Silvesternacht spielten sich in ganz Berlin gewalt-  
 19 volle Szenen ab. Ausschreitungen gegen und Angriffe auf  
 20 Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte dominieren die  
 21 Geschehnisse. Sie werden beschossen mit Böllern, Ra-  
 22 keten, Schreckschusspistolen und Pyrotechnik. Auch von  
 23 Verletzungen durch Pfefferspray und stumpfe Gewaltein-  
 24 wirkung wird berichtet. Zudem beschädigten die Täter\*in-  
 25 nen Ausrüstung der Einsatzkräfte: Bierkisten, Pyrotechnik  
 26 und Feuerlöscher werden auf Fahrzeuge geworfen. Ein-  
 27 sätze der Feuerwehr und Polizei werden gezielt behindert  
 28 durch Barrikaden und Beschuss während der Löscharbei-  
 29 ten. Ausschreitungen dieser Art gab es in ganz verschie-  
 30 denen Teilen Berlins, nicht nur in den Vierteln, die durch  
 31 rechte Narrative in den medialen Fokus gerückt werden.

32  
 33  
 34 Im Nachgang der Silvesternacht wurden knapp 150 Per-  
 35 sonen wegen diverser Delikte festgenommen. Viele von  
 36 ihnen sind - entgegen der Behauptungen rechter Kräfte -  
 37 deutsche Staatsbürger\*innen und unter 21 Jahre alt. Unter  
 38 den Festnahmen befanden sich laut Polizeiangaben nur 6  
 39 Frauen.

40  
 41 Die Geschehnisse der Silvesternacht haben eine Reihe an  
 42 Debatten angestoßen, die wenigsten davon werden kon-  
 43 struktiv geführt. Es geht um eine bessere Ausstattung  
 44 von Polizist\*innen, unter anderem durch Bodycams. Unab-  
 45 hängig von der Aufklärung der Silvesternacht lehnen wir  
 46 den Einsatz dieser weiterhin ab. Wir erkennen die Vortei-  
 47 le insbesondere in Bezug auf Transparenz an, verstehen  
 48 die Risiken der Technologie allerdings als zu hoch: Wir be-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Zum Jahreswechsel 2023 kam es in Berlin zu großen Aus-  
 schreitungen. Silvesternächte sind in Berlin, besonders in  
 bestimmten Teilen, jedes Jahr geprägt von Gewalt und Es-  
 kalation. In den Jahren des Corona-Lockdowns waren die-  
 se Ausschreitungen durch Feuerwerksverkaufsverbot ger-  
 ring. Besonders im Kontrast dazu erfuhren die Ausschrei-  
 tungen über den Jahreswechsel 2022/2023 eine besonde-  
 re und von rechten Kräften genutzte mediale Aufmerk-  
 samkeit. Die Angriffe gegen Polizei- und Rettungskräf-  
 te müssen aufgearbeitet und Täter\*innen zur Verantwor-  
 tung gezogen werden. Für die Aufarbeitung wird sich die  
 Stadt mit den Ursachen und Folgen beschäftigen müssen.

**Silvesternacht**

In der Silvesternacht spielten sich gewaltvolle Szenen  
 ab. Ausschreitungen gegen und Angriffe auf Polizei-  
 , Feuerwehr- und Rettungskräfte dominieren die Ge-  
 schehnisse. Sie werden beschossen mit Böllern, Raketen,  
 Schreckschusspistolen und Pyrotechnik. Auch von Verlet-  
 zungen durch Pfefferspray und stumpfe Gewalteinwir-  
 kung wird berichtet. Zudem beschädigten die Täter\*in-  
 nen Ausrüstung der Einsatzkräfte: Bierkisten, Pyrotechnik  
 und Feuerlöscher werden auf Fahrzeuge geworfen. Ein-  
 sätze der Feuerwehr und Polizei werden gezielt behindert  
 durch Barrikaden und Beschuss während der Löscharbei-  
 ten. Ausschreitungen dieser Art gab es in ganz verschie-  
 denen Teilen Berlins, nicht nur in den Vierteln, die durch  
 rechte Narrative in den medialen Fokus gerückt werden.

Im Nachgang der Silvesternacht wurden knapp 150 Per-  
 sonen wegen diverser Delikte festgenommen. Viele von  
 ihnen sind - entgegen der Behauptungen rechter Kräfte -  
 deutsche Staatsbürger\*innen und unter 21 Jahre alt. Unter  
 den Festnahmen befanden sich laut Polizeiangaben nur 6  
 Frauen.

Die Geschehnisse der Silvesternacht haben eine Reihe an  
 Debatten angestoßen, die wenigsten davon werden kon-  
 struktiv geführt. Es geht um eine bessere Ausstattung von  
 Polizist\*innen, unter anderem durch Bodycams.

Wir erkennen die Vorteile insbesondere in Bezug auf  
 Transparenz an, verstehen die Risiken der Technologie al-  
 lerdings als zu hoch: Wir befürchten, dass Aufnahmen be-  
 sondern im Sinne der Polizist\*innen benützt würden und  
 sehen insbesondere darin, dass ausschließlich Polizist\*in-  
 nen entscheiden, wann die Cams an- bzw. ausgeschaltet  
 werden, ein problematisches Machtverhältnis. Sollte es

49 fürchten, dass Aufnahmen besonders im Sinne der Poli-  
 50 zist\*innen benützt würden und sehen insbesondere dar-  
 51 in, dass ausschließlich Polizist\*innen entscheiden, wann  
 52 die Cams an- bzw. ausgeschaltet werden, ein problema-  
 53 tisches Machtverhältnis. Sollte es dennoch zu einer Ein-  
 54 führung kommen, darf diese daher nur unter der Pflicht  
 55 des dauerhaften Einschaltens der Geräte stattfinden. Im  
 56 Falle des Ausschaltens ist die Beweislastumkehr zu Las-  
 57 ten der entsprechenden Polizist\*innen einzuführen. Auch  
 58 Jugendkriminalität war Thema. Vor allem drehte sich die  
 59 Debatte aber um "gescheiterte" Integration. Diese Debat-  
 60 te ist rassistisch und populistisch aufgeladen. Es ist unsere  
 61 Aufgabe als Sozialdemokratie und als Jusos uns dem ent-  
 62 schieden entgegenzustellen. Denn: Gewalt hat nichts mit  
 63 Herkunft zu tun; Gewalt wird bedingt durch soziale Ge-  
 64 gebenheiten wie die soziale Herkunft. Öffentliche Debat-  
 65 ten müssen sachlich geführt werden und zu durchdachten  
 66 Lösungsvorschlägen führen. Rechte Hetze hat in unserer  
 67 Stadt keinen Platz!

#### 68 69 **Dein Vorname juckt nicht!**

70 Das beste Beispiel für die rassistisch aufgeladene Stim-  
 71 mung in der Politik ist die "Vornamendebatte". Nach den  
 72 Silvesterunruhen wurden Stimmen in der Politik laut, dass  
 73 man die Vornamen der Täter\*innen in Erfahrung bringen  
 74 müsste, um sich ein Bild zum Täter\*innenprofil zu ma-  
 75 chen. Gefordert wurde dieses Vorgehen vorrangig von den  
 76 Wahlgewinner\*innen 2023: Kai Wegner und der CDU Ber-  
 77 lin. Sie springen damit auf einen Zug mit rechten Kräften  
 78 und bedienen sich einer Anfrage, die im selben Wortlaut  
 79 von der AfD im Saarland dort 2019 gestellt wurde. Eine Ko-  
 80 alition mit der CDU Berlin steht für uns daher außer Frage.  
 81 Mit Rassisten koalitiert man nicht! Dieses Denken in rassis-  
 82 tischen Mustern lehnen wir konsequent ab. Dein Vorname  
 83 und deine Herkunft haben keine Auswirkungen auf deine  
 84 Gewaltbereitschaft. Auch mit der Schlussfolgerung, die  
 85 Ausschreitungen seien Resultat einer gescheiterten Inte-  
 86 grationspolitik, wird der Kern der Sache weit verfehlt. Ge-  
 87 walt entsteht aus sozialen Gegebenheiten, daraus, dass  
 88 junge Menschen vor einer Perspektivlosigkeit stehen, dar-  
 89 aus, dass diese Stadt vielen Menschen nicht mehr die Le-  
 90 bensgrundlage bietet, die sie brauchen. Wenn ganze Kieze  
 91 zurückgelassen werden, wenn gute (Aus-)Bildung nur für  
 92 manche erreichbar ist, wenn Menschen sich das Leben in  
 93 ihrer Heimat nicht mehr leisten können, dann entsteht  
 94 Frustration. Diese Debatten müssen wir führen, anstelle  
 95 rassistisch gegen Namen zu hetzen.

96  
97 Für uns gilt: Dein Vorname juckt nicht!

#### 98 99 **Jugendsozialarbeit als Schlüssel**

100 Auch Jugendgewalt entsteht aus der Wechselwirkung ver-  
 101 schiedener Faktoren und hat keine simplen Erklärungen.

dennoch zu einer Einführung kommen, darf diese daher  
 nur unter der Pflicht des dauerhaften Einschaltens der Ge-  
 räte stattfinden. Im Falle des Ausschaltens ist die Beweis-  
 lastumkehr zu Lasten der entsprechenden Polizist\*innen  
 einzuführen. Auch Jugendkriminalität war Thema. Vor al-  
 lem drehte sich die Debatte aber um "gescheiterte" In-  
 tegration. Diese Debatte ist rassistisch und populistisch  
 aufgeladen. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie  
 und als Jusos uns dem entschieden entgegenzustellen.  
 Denn: Gewalt hat nichts mit Herkunft zu tun; Gewalt  
 wird bedingt durch soziale Gegebenheiten wie die soziale  
 Herkunft. Öffentliche Debatten müssen sachlich geführt  
 werden und zu durchdachten Lösungsvorschlägen führen.  
 Rechte Hetze hat in unserer Stadt keinen Platz!

Dieses Denken in rassistischen Mustern lehnen wir kon-  
 sequent ab. Dein Vorname und deine Herkunft haben kei-  
 ne Auswirkungen auf deine Gewaltbereitschaft. Auch mit  
 der Schlussfolgerung, die Ausschreitungen seien Resultat  
 einer gescheiterten Integrationspolitik, wird der Kern der  
 Sache weit verfehlt. Gewalt entsteht aus sozialen Gege-  
 benheiten, daraus, dass junge Menschen vor einer Per-  
 spektivlosigkeit stehen, daraus, dass diese Stadt vielen  
 Menschen nicht mehr die Lebensgrundlage bietet, die  
 sie brauchen. Wenn ganze Kieze zurückgelassen werden,  
 wenn gute (Aus-)Bildung nur für manche erreichbar ist,  
 wenn Menschen sich das Leben in ihrer Heimat nicht mehr  
 leisten können, dann entsteht Frustration. Diese Debatten  
 müssen wir führen, anstelle rassistisch gegen Namen zu  
 hetzen.

Für uns gilt: Dein Vorname juckt nicht!

#### **Jugendsozialarbeit als Schlüssel**

Auch Jugendgewalt entsteht aus der Wechselwirkung ver-  
 schiedener Faktoren und hat keine simplen Erklärungen.  
 Klar ist: Kinder und Jugendliche bekommen ihre sozia-  
 le Realität schon früh im Leben zu spüren. Gesamtge-  
 sellschaftliche Faktoren wie wirtschaftliche und soziale  
 Ausgrenzung sind große Risikofaktoren für Jugendgewalt.  
 Diese Faktoren manifestieren sich teilweise über Genera-  
 tionen und die Abwärtsspiralen sind nur schwer durch-  
 dringbar. Darum müssen in Schulen, Freizeiteinrichtun-  
 gen und der Nachbarschaft Schutz-, Förder- und Teilhabe-  
 rechte umgesetzt werden, um junge Menschen dazu zu  
 befähigen, Verantwortung für ihr eigenes Leben zu über-  
 nehmen. Eine gute Jugendsozialarbeit ist hierbei essenzi-  
 ell. Leider kann die in Berlin momentan nicht gewährleis-  
 tet werden, es fehlt an allem: Personal, Räumlichkeiten  
 und finanziellen Mitteln. Um wirkliche Erfolge in der Ju-  
 gendsozialarbeit zu erzielen, ist eine individuelle, langfris-  
 tige Betreuung der Jugendlichen notwendig; nur so kön-

102 Klar ist: Kinder und Jugendliche bekommen ihre sozia-  
 103 le Realität schon früh im Leben zu spüren. Gesamtge-  
 104 sellschaftliche Faktoren wie wirtschaftliche und soziale  
 105 Ausgrenzung sind große Risikofaktoren für Jugendgewalt.  
 106 Diese Faktoren manifestieren sich teilweise über Genera-  
 107 tionen und die Abwärtsspiralen sind nur schwer durch-  
 108 dringbar. Darum müssen in Schulen, Freizeiteinrichtun-  
 109 gen und der Nachbarschaft Schutz-, Förder- und Teilhabe-  
 110 rechte umgesetzt werden, um junge Menschen dazu zu  
 111 befähigen, Verantwortung für ihr eigenes Leben zu über-  
 112 nehmen. Eine gute Jugendsozialarbeit ist hierbei essenzi-  
 113 ell. Leider kann die in Berlin momentan nicht gewährleis-  
 114 tet werden, es fehlt an allem: Personal, Räumlichkeiten  
 115 und finanziellen Mitteln. Um wirkliche Erfolge in der Ju-  
 116 gendsozialarbeit zu erzielen, ist eine individuelle, langfris-  
 117 tige Betreuung der Jugendlichen notwendig; nur so kön-  
 118 nen stabile Beziehungen und Vertrauen aufgebaut wer-  
 119 den. Aufgrund des Mangels bei Personal, Raum und Geld  
 120 ist dies momentan unmöglich. Problematisch ist auch,  
 121 dass die finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen,  
 122 nicht zweckgebunden sind, was heißt, dass sie auch für  
 123 andere Zwecke als die Jugendsozialarbeit verwendet wer-  
 124 den können. Um der jugendlichen Gewaltspirale ein Ende  
 125 zu setzen, braucht es daher mehr Ressourcen vom Land  
 126 Berlin an die Bezirke, sowohl finanzielle wie räumliche.  
 127 Das Jugendpaket, das nach dem Jugendgipfel durch die  
 128 R2G-Landesregierung zugesichert wurde, ist ein guter ers-  
 129 ter Schritt. Die gesteigerten Ausgaben für die Jugendsozi-  
 130 alarbeit müssen allerdings verstetigt werden und dürfen  
 131 kein einmaliges Vorkommen bleiben. Außerdem müssen  
 132 die an die Bezirke zur Verfügung gestellten Mittel zweck-  
 133 gebunden an die Jugendsozialarbeit sein.

134  
 135 Auch die Pandemie und die damit wegfallenden Angebo-  
 136 te für junge Menschen haben ihren Schatten hinterlas-  
 137 sen: Dass Ferienfreizeiten, Sport und Gruppenaktivitäten  
 138 so lange ausgefallen sind, hat zu noch mehr Isolation und  
 139 zu weniger möglichen Ansätzen des Helfens geführt. Ju-  
 140 gendzentren, Träger und Vereine müssen daher dringend  
 141 mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um wieder  
 142 diverse Freizeitprogramme anzubieten. In Berlin brechen  
 143 zudem 6,6 % aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen  
 144 die Schule ohne Abschluss ab. Die Folge: Perspektivlosig-  
 145 keit, prekäre Lebensbedingungen und Frustration. Hier be-  
 146 darf es vielfacher Angebote mit einer starken Schulsozi-  
 147 alarbeit damit für Kinder und Jugendliche neue Perspek-  
 148 tiven sichtbar und geschaffen werden. Dabei ermöglicht  
 149 Soziale Arbeit an Schulen nicht nur Schüler\*innen, son-  
 150 dern auch Eltern und Lehrkräften, sich mit Problemen an  
 151 sie zu wenden. Im Beratungsprozess arbeitet Schulsozial-  
 152 arbeit mit den Schüler\*innen, der Familie und der Schule  
 153 sowie mit Trägern der Jugendhilfe oder Therapeut\*innen  
 154 zusammen. Hierdurch kann den Schüler\*innen frühzeitig

nen stabile Beziehungen und Vertrauen aufgebaut wer-  
 den. Aufgrund des Mangels bei Personal, Raum und Geld  
 ist dies momentan unmöglich. Problematisch ist auch,  
 dass die finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen,  
 nicht zweckgebunden sind, was heißt, dass sie auch für  
 andere Zwecke als die Jugendsozialarbeit verwendet wer-  
 den können. Um der jugendlichen Gewaltspirale ein Ende  
 zu setzen, braucht es daher mehr Ressourcen vom Land  
 Berlin an die Bezirke, sowohl finanzielle wie räumliche.  
 Das Jugendpaket, das nach dem Jugendgipfel durch die  
 R2G-Landesregierung zugesichert wurde, ist ein guter ers-  
 ter Schritt. Die gesteigerten Ausgaben für die Jugendsozi-  
 alarbeit müssen allerdings verstetigt werden und dürfen  
 kein einmaliges Vorkommen bleiben. Außerdem müssen  
 die an die Bezirke zur Verfügung gestellten Mittel zweck-  
 gebunden an die Jugendsozialarbeit sein.

Auch die Pandemie und die damit wegfallenden Angebo-  
 te für junge Menschen haben ihren Schatten hinterlas-  
 sen: Dass Ferienfreizeiten, Sport und Gruppenaktivitäten  
 so lange ausgefallen sind, hat zu noch mehr Isolation und  
 zu weniger möglichen Ansätzen des Helfens geführt. Ju-  
 gendzentren, Träger und Vereine müssen daher dringend  
 mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um wieder  
 diverse Freizeitprogramme anzubieten. In Berlin brechen  
 zudem 6,6 % aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen  
 die Schule ohne Abschluss ab. Die Folge: Perspektivlosig-  
 keit, prekäre Lebensbedingungen und Frustration. Hier be-  
 darf es vielfacher Angebote mit einer starken Schulsozi-  
 alarbeit damit für Kinder und Jugendliche neue Perspek-  
 tiven sichtbar und geschaffen werden. Dabei ermöglicht  
 Soziale Arbeit an Schulen nicht nur Schüler\*innen, son-  
 dern auch Eltern und Lehrkräften, sich mit Problemen an  
 sie zu wenden. Im Beratungsprozess arbeitet Schulsozial-  
 arbeit mit den Schüler\*innen, der Familie und der Schule  
 sowie mit Trägern der Jugendhilfe oder Therapeut\*innen  
 zusammen. Hierdurch kann den Schüler\*innen frühzeitig  
 geholfen werden. Doch dies gelingt nur, wenn es ausrei-  
 chend Personal gibt und dieses mit genügend Ressourcen  
 arbeiten kann, um so weitere Programme entwickeln zu  
 können. Deshalb bedarf es hier einer guten personellen  
 wie finanziellen bedarfsgerechten Ausstattung von Schul-  
 sozialarbeiter\*innen an allen Schulen."

### **Soziale Durchmischung - aber richtig**

Auch wenn die Ausschreitungen in dieser letzten Silves-  
 ternacht natürlich neue Dimensionen angenommen hat,  
 kam es auch in vorherigen Jahren bereits häufiger zu Un-  
 ruhen zum Jahreswechsel. Feuerwerksperrzonen in be-  
 stimmten Kiezen und Vierteln zeugen von früheren Es-  
 kalationen. Diese Kieze, die sich häufig durch sozial ab-  
 gehängte Bewohner\*innen und eine größere Anzahl mi-  
 grantisierter Menschen auszeichnen, werden nun als Pro-

155 geholfen werden. Doch dies gelingt nur, wenn es ausrei-  
 156 chend Personal gibt und dieses mit genügend Ressourcen  
 157 arbeiten kann, um so weitere Programme entwickeln zu  
 158 können. Deshalb bedarf es hier einer guten personellen  
 159 wie finanziellen bedarfsgerechten Ausstattung von Schul-  
 160 sozialarbeiter\*innen an allen Schulen.”

161

### 162 **Soziale Durchmischung - aber richtig**

163 Auch wenn die Ausschreitungen in dieser letzten Silves-  
 164 ternacht natürlich neue Dimensionen angenommen hat,  
 165 kam es auch in vorherigen Jahren bereits häufiger zu Un-  
 166 ruhen zum Jahreswechsel. Feuerwerkssperrzonen in be-  
 167 stimmten Kiezen und Vierteln zeugen von früheren Es-  
 168 kalationen. Diese Kieze, die sich häufig durch sozial ab-  
 169 gehängte Bewohner\*innen und eine größere Anzahl mi-  
 170 grantisierter Menschen auszeichnen, werden nun als Pro-  
 171 blemkieze und als Brutstätte für Gewaltbereitschaft be-  
 172 sprochen. Genauso wie Vornamen haben Adressen nichts  
 173 mit Aggressivität und Gewalt zu tun. Ganze Kieze unter  
 174 Generalverdacht zu stellen und abzuschreiben, ist genau  
 175 die falsche Konsequenz. Auch hier muss die Debatte auf  
 176 die eigentlichen Themen gelegt werden: Chancen, Unter-  
 177 stützung und Aufstiegsperspektiven.

178

179 Soziale Durchmischung spielt dabei sicherlich eine Rolle.  
 180 Berlin ist eine diverse Stadt, unsere Kieze sollen das wi-  
 181 derspiegeln. Die Forderung allerdings zum Zweck der so-  
 182 zialen Durchmischung Wohnraum in “Problemkiezen” für  
 183 finanziell stärkere Berliner\*innen zu schaffen, indem man  
 184 beispielsweise Eigentumswohnungen inmitten von sozia-  
 185 lem Wohnungsbau schafft, ist der richtige Gedanke nur  
 186 falsch herum gedacht. Anstelle Menschen aus ihren Woh-  
 187 nungen, ihren Kiezen zu verdrängen, müssen wir die Stadt  
 188 bauen, in der Menschen aller Einkommensklassen mit-  
 189 einander wohnen. Die Lösung ist daher nicht, Eigentums-  
 190 wohnungen inmitten sozialen Wohnungsbaus zu schaf-  
 191 fen, sondern vielmehr Mieten und Wohnen für alle über-  
 192 all möglich zu machen, bei Neubauprojekten immer So-  
 193 zialwohnungen immer mit einzuplanen und Kieze für al-  
 194 le zu öffnen. Nur, weil Menschen unterschiedlicher Ein-  
 195 kommen in unmittelbarer Nachbarschaft leben, entste-  
 196 hen noch lange keine direkten Verbindungen: Kinder wer-  
 197 den auf unterschiedliche Schulen geschickt, die Ausge-  
 198 staltung von Hobbies hängen vom Einkommen ab, der  
 199 Bewegungsradius in der Stadt ist abhängig von Mobili-  
 200 tätsmöglichkeiten und Sozialräume werden unterschied-  
 201 lich genutzt. Essenziell für eine soziale Durchmischung ist  
 202 also auch die Schaffung von wohnortnahen Angeboten  
 203 zur Vernetzung und zum gemeinsamen Verbringen der  
 204 Freizeit, wie Nachbarschaftstreffpunkte und -cafés, Feste  
 205 oder Sportangebote, durch die Bezirke und den Senat, die  
 206 unterschiedliche Gruppen ansprechen und so einen wirk-  
 207 lichen Vernetzungscharakter über Generationen, Identitä-

blemkieze und als Brutstätte für Gewaltbereitschaft be-  
 sprochen. Genauso wie Vornamen haben Adressen nichts  
 mit Aggressivität und Gewalt zu tun. Ganze Kieze unter  
 Generalverdacht zu stellen und abzuschreiben, ist genau  
 die falsche Konsequenz. Auch hier muss die Debatte auf  
 die eigentlichen Themen gelegt werden: Chancen, Unter-  
 stützung und Aufstiegsperspektiven.

Soziale Durchmischung spielt dabei sicherlich eine Rolle.  
 Berlin ist eine diverse Stadt, unsere Kieze sollen das wi-  
 derspiegeln. Die Forderung allerdings zum Zweck der so-  
 zialen Durchmischung Wohnraum in “Problemkiezen” für  
 finanziell stärkere Berliner\*innen zu schaffen, indem man  
 beispielsweise Eigentumswohnungen inmitten von sozia-  
 lem Wohnungsbau schafft, ist der richtige Gedanke nur  
 falsch herum gedacht. Anstelle Menschen aus ihren Woh-  
 nungen, ihren Kiezen zu verdrängen, müssen wir die Stadt  
 bauen, in der Menschen aller Einkommensklassen mit-  
 einander wohnen. Die Lösung ist daher nicht, Eigentums-  
 wohnungen inmitten sozialen Wohnungsbaus zu schaf-  
 fen, sondern vielmehr Mieten und Wohnen für alle über-  
 all möglich zu machen, bei Neubauprojekten immer So-  
 zialwohnungen immer mit einzuplanen und Kieze für al-  
 le zu öffnen. Nur, weil Menschen unterschiedlicher Ein-  
 kommen in unmittelbarer Nachbarschaft leben, entste-  
 hen noch lange keine direkten Verbindungen: Kinder wer-  
 den auf unterschiedliche Schulen geschickt, die Ausge-  
 staltung von Hobbies hängen vom Einkommen ab, der  
 Bewegungsradius in der Stadt ist abhängig von Mobili-  
 tätsmöglichkeiten und Sozialräume werden unterschied-  
 lich genutzt. Essenziell für eine soziale Durchmischung ist  
 also auch die Schaffung von wohnortnahen Angeboten  
 zur Vernetzung und zum gemeinsamen Verbringen der  
 Freizeit, wie Nachbarschaftstreffpunkte und -cafés, Feste  
 oder Sportangebote, durch die Bezirke und den Senat, die  
 unterschiedliche Gruppen ansprechen und so einen wirk-  
 lichen Vernetzungscharakter über Generationen, Identitä-

### **Patriarchat zerstören - nicht Eigentum**

Gewalt ist das Mittel des Patriarchats. Um Gewalt zu ver-  
 hindern und zu stoppen, muss allen voran auch das Patri-  
 archat bekämpft werden. In jeder Phase des Lebens ist Bil-  
 dung und Aufklärung über die bestehenden und sich ver-  
 festigenden Machtstrukturen von großer Relevanz. Vor al-  
 lem in der Schulbildung, im Beruf, in Fortbildungen muss  
 diesem Thema mehr Beachtung geschenkt werden, um  
 das Problem im Keim zu ersticken. Unser Kampf gegen die  
 Gewalt ist immer und vor allem auch ein feministischer!

Klar ist und bleibt: Gewaltbereitschaft wird nicht bedingt  
 durch Vornamen oder Adresse. Die Ausschreitungen müs-  
 sen sachlich aufgeklärt und entsprechende Konsequen-

208 ten und soziale Herkunft hinweg entfalten können.  
209

210 **Patriarchat zerstören - nicht Eigentum**

211 Gewalt ist das Mittel des Patriarchats. Um Gewalt zu ver-  
212 hindern und zu stoppen, muss allen voran auch das Patri-  
213 archat bekämpft werden. In jeder Phase des Lebens ist Bil-  
214 dung und Aufklärung über die bestehenden und sich ver-  
215 festigenden Machtstrukturen von großer Relevanz. Vor al-  
216 lem in der Schulbildung, im Beruf, in Fortbildungen muss  
217 diesem Thema mehr Beachtung geschenkt werden, um  
218 das Problem im Keim zu ersticken. Unser Kampf gegen die  
219 Gewalt ist immer und vor allem auch ein feministischer!  
220

221 Klar ist und bleibt: Gewaltbereitschaft wird nicht bedingt  
222 durch Vornamen oder Adresse. Die Ausschreitungen müs-  
223 sen sachlich aufgeklärt und entsprechende Konsequen-  
224 zen daraus öffentlich debattiert werden. Diese Debatte  
225 darf allerdings nicht von rassistischer Hetze getrieben  
226 sein, sondern muss sich stattdessen die tatsächlichen Aus-  
227 löser für Unzufriedenheit und Frust vornehmen und ent-  
228 sprechende Lösungen für diese finden.

229

230 Wir fordern daher vom Senat und den Mitgliedern des Ab-  
231 geordnetenhauses:

- 232 • Eine genaue und sachliche Untersuchung der Ereig-  
233 nisse in der Silvesternacht
- 234 • Die Vornamen der Täter\*innen weiterhin unter Ver-  
235 schluss zu halten
- 236 • Ein Verkaufsverbot für Schreckschusspistolen und  
237 Böller
- 238 • Mehr Ressourcen für Personal, Projekte und Pro-  
239 gramme in der Jugendsozialarbeit und Schulsozial-  
240 arbeit. Dabei sind explizit feministische Bildungsan-  
241 gebote und Initiativen zu stärken, die gegen gewalt-  
242 volle und patriarchale Männlichkeitsvorstellungen  
243 vorgehen
- 244 • Eine Zweckbindung der Jugendsozialarbeitsmittel
- 245 • Einen Ausbau von Angeboten der Nachbarschafts-  
246 vernetzung, die alle umlebenden Menschen an-  
247 spricht.

248

zen daraus öffentlich debattiert werden. Diese Debatte darf allerdings nicht von rassistischer Hetze getrieben sein, sondern muss sich stattdessen die tatsächlichen Auslöser für Unzufriedenheit und Frust vornehmen und entsprechende Lösungen für diese finden.

Wir fordern daher vom Senat und den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses:

- Eine genaue und sachliche Untersuchung der Ereignisse in der Silvesternacht
- Die Vornamen der Täter\*innen weiterhin unter Verschluss zu halten
- Ein Verkaufsverbot für Schreckschusspistolen und Böller
- Mehr Ressourcen für Personal, Projekte und Programme in der Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit. Dabei sind explizit feministische Bildungsangebote und Initiativen zu stärken, die gegen gewaltvolle und patriarchale Männlichkeitsvorstellungen vorgehen
- Eine Zweckbindung der Jugendsozialarbeitsmittel
- Einen Ausbau von Angeboten der Nachbarschafts- vernetzung, die alle umlebenden Menschen anspricht.